

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/90

12. Mai 1976

Der Realitätsverlust der CDU/CSU

Niemand will mehr mit den Unions-Parteien koalieren

Von Heinz Rapp MdB

Mitglied der "Kommission Grundwerte" beim Parteivorstand der SPD

Seite 1 bis 3 / 128 Zeilen

Die gespenstische Krämergewinnung der CDU

Tatsachen zu den Erfolgen der Deutschlandpolitik

Von Egon Höhmann MdB

Stellv. Vorsitzender des innerdeutschen Ausschusses des Bundestages

Seite 4 und 4a / 50 Zeilen

Reichssicherheitsminister Dr. Alfred Dregger?

Kohl's designierter Innenminister über die Freiheit, die die Union meint

Seite 5 und 5a / 43 Zeilen

Die Haßsaat des Strauß geht auf

Unerhörter CDU-Exzeß am Rande des Wahlkampfes

Seite 6 und 7 / 56 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Bokert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-38
Telex: 99 54 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Der Realitätsverlust der CDU/CSU

Niemand will mehr mit den Unions-Parteien koalieren

Von Heinz Rapp MdB

Mitglied der "Kommission Grundwerte" beim Parteivorstand der SPD

In allen demokratischen Parteien sollten die Sensibleren, meint man, durch Erfahrung belehrt sein, daß es sich nicht nur nicht auszahlt, sondern im Gegenteil teuer bezahlt werden muß, wenn man sich vom politischen Gegner ein Bild macht, das mit der Wirklichkeit nichts, mit dem taktischen Bedürfnis des Draufschlagens und der totalen Konfrontation alles zu tun hat: Welche der Bundestagsparteien hätte diesbezüglich nicht schon Lehrgeld gezahlt? Umso verwunderlicher war, was die Unions-Politiker Carstens, Strauß und Barzel in der Debatte zum Kanzlerhaushalt im Bundestag geboten haben: Mit der Wirklichkeit der Gesetzgebungs- und Regierungskoalition dieses Landes, seines Bundeskanzlers, der SPD, wie sie sich auf ihren Parteitag erklärt, hatte das alles kaum etwas zu tun.

Wer in diesen Tagen Kommentare zu den jüngsten programmatischen Übungen der CDU gelesen hat - Kommentare bis hin zu denen CDU-gewogener Zeitschriften wie der "Deutschen Zeitung" -, dem wird der Grundtenor selbst der wohlmeinendsten Kritik nicht entgangen sein, der da lautet: Die CDU hat ein gestörtes Verhältnis zur Realität. Wo die Wirklichkeit zu dem im eigenen Weltbild grundgelegten Harmoniebedürfnis nicht in Einklang steht, "gleitet das geistige Auge über gehämmerten Goldgrund", wird die Wirklichkeit zu gefälliger Unverbindlichkeit zurechtgeklopft. Wo die Wirklichkeit des politischen Gegners nicht ins konservativ-manichäische (gut/böse) Menschenbild paßt, wird aus dem Gegner ein Feindbild zurechtgestutzt, das zum Draufschlagen die nötige Handlichkeit besitzt. Bilder allenthalben: An die Stelle der Wirklichkeit tritt das Weltbild einer alles Störende einnebelnden Harmonie, tritt ein Menschenbild, das entlang der Linie gut/böse säuberlich sortiert, tritt ein Feindbild der Verachtung und Diskriminierung eines jeden, auf den hin sich das Wort pervertieren läßt: Wer nicht für mich ist, der ist wider mich - Wer nicht für die CDU/CSU ist, ist ein Feind der Freiheit.

Im Unterschied zur Union haben Sozialdemokraten in ihren programmatischen Aussagen eine bemerkenswerte Scheu vor Begriffen wie Weltbild, Menschenbild, Leitbild: Du sollst Dir keine Bilder machen, heißt es, weil da doch zumeist das Spiegelbild Deiner eigenen Wünsche und Bedürfnisse herauskommt - Du sollst Dich vielmehr der Wirklichkeit verlässigen, damit nicht Unrecht geschieht. Und die Wirklichkeit ist, daß diese von der sozial-liberalen Koalition regierte Bundesrepublik Deutschland einer der freiesten

Staaten der Welt ist. Drängt sich einem nicht der Eindruck auf, daß die CDU/CSU mit dieser Wirklichkeit vielleicht deshalb nicht zurecht kommt, weil nach ihrem Welt- und Menschenbild jeder, der sie nicht mag, als zur Unfreiheit disponiert zu gelten hat?

Von der Doppelstrategie der CDU haben einige Kommentatoren gesprochen, die die in diesen Tagen bekanntgewordenen Programmpapiere der CDU sichten: Das Grundsatzprogramm des harmonischen Weltbildes für die Feinsinnigen, das vom Sonthofener "Geist" der totalen Konfrontation durchtränkte Feindbild des Wahlprogramms für die Stumpfsinnigen. Man wird zu bezweifeln haben, ob dieser Sachverhalt mit den Begriffen von Strategie und Taktik hinreichend erfaßbar ist. Ganz direkt gefragt: Ist eine Partei, die sich ja wohl mit Vorbedacht gar nicht Partei, sondern Union nennt, die sich anheischig macht, zugleich konservativ und fortschrittlich, christlich und auch für die Nichtchristen aufnahmebereit und dazu noch sozial, liberal, national und europäisch und allen alles zu sein, ist eine solche Partei überhaupt fähig, Wirklichkeit zu erkennen?

Jemand hat dieser Tage gefragt, wo denn im Selbstverständnis der CDU und der CSU überhaupt noch Raum für politischen Wettbewerb sein könne, wo sich denn in ihrem monopolisierenden Unionismus überhaupt noch die Tatsache und das Postulat unterbringen ließen, daß es politische Konkurrenz gibt und geben soll. Müßten die Sensibleren in der CDU nicht alarmiert sein, wenn sich der Eindruck des Realitätsverlustes ihrer Partei immer mehr aufdrängt und verfestigt? Käme es nicht darauf an, darüber zu reflektieren, wie es kommt, daß die Union immer weniger Zugang zur Realität des politischen Gegners hat, daß sie ihn nicht mehr zu sehen vermag, wie er ist, sondern ihn fast zwanghaft so sieht, wie sie gerne hätte, daß er wäre: handlich genug zum Dreufschlagen, zur Verteufelung, zur Diskriminierung?

Dieser Eindruck verfestigt sich bemerkenswerterweise zu einer Zeit, zu der sich die CDU bis hin zur schieren Ununterscheidbarkeit des von der SPD in politische Programmarbeit eingeführten Grundwerteansatzes bedient - ausgerechnet da distanziert sie sich unter der lügenhaften Parole "Freiheit oder Sozialismus" in die nun aber auch totale Konfrontation weg von jenen, deren Grundwerte der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Solidarität sie jetzt übernommen hat. Hier wird nicht Klage darüber geführt, daß sich die Union diese Wertetrias zu eigen macht; im Gegenteil, es entspricht ja der Struktur politischer Kommunikation in demokratischer Meinungsbildung, daß "plagiaris necesse est". Das Problem besteht vielmehr darin, daß es die Fixierung auf ihre selbstgemachten Bilder, ihr Weltbild, ihr schwarz-weißes Menschenbild und ihr Feindbild den Führungskräften der Union nicht mehr zu gestatten scheint, diesen Prozeß des geistigen Austausches anders denn als Bedrohung ihres aller Werte monopoli-

lisierenden Unionismus zu begreifen.

Ist das nicht Übertrieben, haben die Unions-Politiker Carstens, Strauß und Barzel nicht doch auch wieder versucht, differenzierter zu argumentieren? Nun, man kann Verleumdungen auch in die Form der "Konzession" kleiden, in der SPD gebe es gewiß noch achtenswerte, wenngleich verlorene Einzelkämpfer der Demokratie. Wenige Sätze später wird selbst diese "Konzession" zurückgenommen, brichts dann doch wieder aus Strauß heraus, dieses Wort vom direkten Weg aus dem Sozialismus in den Kommunismus. Die Grenzen des Zugangs zur Wahrheit und zur Wirklichkeit, die Dr. Barzel gezogen sind, werden deutlich, wenn er zwar den Satz des Godesberger Programms der SPD korrekt zitiert, Demokratie werde durch Sozialismus erfüllt - er verzichtet darauf, hier wie sonst üblich ein "nur" hineinzufälschen. Wenige Sätze später kommt dann aber doch die Kommentierung: keine Demokratie ohne Sozialismus. Aussagen des "Orientierungsrahmens '85" zu staatlicher Beeinflussung, Förderung, Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses werden verfälschend aus dem Kontext herausgelöst, in dem von einer gemischten Wirtschaftsordnung die Rede ist, der einzelwirtschaftliche Verfügung über Produktionsmittel und Marktsteuerung ebenso unentbehrlich eigen sind und bleiben sollen wie seit eh und je staatliche Interventionismen: diese in einen konsistenten Zusammenhang zu bringen, müßte wohl auch das Anliegen der Ordoliberalen sein.

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß rief dazu auf, das deutsche Volk von seiner Regierung zu befreien. Wer so spricht, spricht von einem vom Feind besetzten Land. Es gibt noch genug Leute, die sich an das Ende der Weimarer Republik erinnern - und da wundert sich die Union, daß sich niemand findet, der mit ihr koalieren möchte? Realitätsverlust ist gefährlich, für den, der die Wirklichkeit nicht mehr zu erkennen vermag, ebenso wie für alle in seiner Umgebung. Diesem schrecklichen Strauß-Wort läßt sich auch nicht mehr das vermeintliche Alibi vom "Sicherheitsrisiko" gegenhalten: Es sind grundsätzlich andere Qualitäten, ob man den politischen Gegner zu einer besseren Politik herausfordert oder ob man ihn zum Feind des Volkes erklärt.

(-/12.5.1976/bgy/e)

+ + +

Telefonverkehr nach Berlin (Ost) und in die DDR:

1969: 34 Leitungen (in Berlin keine)	1975: 719 Leitungen (in Berlin 441)
499.000 Gespräche	9,6 Millionen Gespräche

Familienzusammenführung

1970: 541 Personen	1975: 5.499 Personen, darunter 136 Kinder
--------------------	---

Was soll das Spiel mit der Transitpauschale? Sie wurde von 240 auf 400 Millionen DM erhöht; das sind rd. 68 vH Mehrkosten für eine Verkehrssteigerung im Transit um 95 vH (von 1971 bis 1975). Die Einführung der Straßenbenutzungs- und Viaagebühren geschah unter CDU-geführten Regierungen. Damals hatte jeder Bürger in die eigene Tasche greifen und wegen der individuellen Abfertigung lange Wartezeiten und Stauungen an der Grenze in Kauf nehmen müssen. Will die CDU/CSU zu diesen alten Zuständen zurückkehren, an die sie sich in ihrer Regierungszeit so schön gewöhnt hatte?

Die tatsächliche Summe an finanziellen Leistungen von 1970 bis 1975 beträgt 2,5 Milliarden DM. Darin sind einschließlich der Zinsersparnis für den Swing alle Gebühren und Aufwendungen für Dienstleistungen der DDR, für den Transit usw. enthalten. Bundesminister Egon Franke erklärte dazu in der Haushaltsdebatte: "Diese Zahlungen entsprechen der Intensivierung der innerdeutschen Beziehungen. Wer hier abbauen will, der gefährdet das Erreichte."

In der Haushaltsdebatte klassifizierte Bundeskanzler Helmut Schmidt deshalb diese Art von Wahlkampfagitator zu Recht als Unredlichkeit, die verdient, vor aller Öffentlichkeit angeprangert zu werden!

(-/12.5.1976/bgy/pr)

+ + +

Reichsicherheitminister Dr. Alfred Dregger ?

Kohl's designierter Innenminister über die Freiheit, die die Union meint

Die Unions-Parteien haben am Mittwoch im Bundestag einen bemerkenswerten Beitrag zur Aufklärung des Bürgers über das politische Klima geleistet, das sie in der Bundesrepublik schaffen möchten, falls sie im Herbst an die Regierung kommen sollten. Als ihr Hauptredner zum Thema Innere Sicherheit legte der hessische CDU-Vorsitzende Dr. Alfred Dregger, designierter Innenminister eines Kabinetts Kohl, nicht nur mit Nachdruck ein Bekenntnis zum Wahlkampf-motto "Freiheit oder Sozialismus" ab, sondern er vermittelte auch einen tiefen Eindruck von der Art Freiheit, die die CDU/CSU als ihre "Alternative zum Sozialismus" begreift.

Auf der unterschwellig latenten Angst vieler Bürger vor Verbrechen aller Art (die er natürlich nach uraltem Demagogenrezept ständig schürt) aufbauend, ermittelte Dr. Dregger eine "entscheidende Ursache der Verbrechensentwicklung", nämlich "dieses Gemisch aus bürgerlicher Libertinege und marxistischer Ideologie". Hierbei handelt es sich seiner Ansicht nach nicht etwa um einen Spritzer auf der Decke der heilen Welt, sondern um eine tiefgreifende "ideologische Fehlentwicklung".

Nach Auffassung dieses wichtigen Repräsentanten der Union herrscht in der Bundesrepublik der falache Geist, das heißt, es wird falach gedacht. "Verantwortlich dafür sind nicht Justiz und Polizei" (sie müßte man jedoch wohl dagegen aufbieten), "sondern Politiker, Publizisten, Pädagogen und Theologen", stellte Dr. Dregger fest. Denn sie haben nach seinen Begriffen das Volk mit gefährlichen intellektuellen Bazillen angesteckt, statt ihm die fromme Denkungsart zu bewahren. Der "Sicherheitminister", gemeint ist der Bundesinnenminister, hätte als Ressortzuständiger namens der Regierung

für die richtige "geistige, politische Führung" sorgen müssen, kritisierte der CDU-Politiker.

Es empfiehlt sich stets, mit starken Worten vorsichtig und sparsam umzugehen, aber der Geist, der hinter diesen Ausführungen Dr. Dreggers steht, kann zutreffend nur als totalitär bezeichnet werden. Für einen Innenminister, der für "geistige, politische Führung" sorgen, "ideologische Fehlentwicklungen" verhindern soll, ist in der demokratischen Staatverfassung kein Platz. Dr. Dregger möchte ihn jedoch erklärtermaßen etablieren. Nach seinen programmatischen Darstellungen vor dem Parlament würde es sich dabei um eine Synthese von Reichssicherheits- und Reichpropagandaminister handeln. Der würde dann bezüglich "ideologischer Fehlentwicklungen" im Staate nicht lange fackeln, sondern handeln.

Alles, was irgendwie mit "Sozialismus" zu tun hat, ist nicht nur der Hauptfeind der Bundesrepublik, sondern der ganzen freien Welt, erklärte Dr. Dregger vor dem Bundestag. Er führte auch Beweise für seine These an: Die UdSSR, die SED, nennen sie sich denn etwa nicht "sozialistisch"?

Die wichtigste Aufgabe von Parlamentardebatten ist es, dem Bürger die Ströme des politischen Prozesses sichtbar zu machen. Dr. Dreggers Rede war insofern eine bedeutsame Rede.

Claus Preller
(-/12.5.1976/ks/pr)

+ + +

Die Haßsat des Strauß geht auf

Unerhörter CDU-Exzeß am Rande des Wahlkampfes

Das ist der Tatbestand. Jungsozialisten verteilen an einem Informationsstand auf dem Bad Godesberger Theaterplatz Flugblätter und bieten den Vorübergehenden Gespräche über die SPD-Politik an. Der Informationsstand ist dicht umdrängt, und es wird eifrig debattiert. Da schiebt sich eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern vorbei, mit großen CDU-Abzeichen an den Blusen und Hemden, und dann hört eine junge Sozialdemokratin, die am Rande der Diskutierenden Flugblätter anbietet, den Zuruf aus der Schülergruppe: "Diese Sozialistensau müßte verrecken!"

Das ist der Tatbestand vom 6. Mai 1976 gegen 11.30 Uhr in Bad Godesberg. Das mag hoffentlich noch ein Einzelfall gewesen sein, aber wenn man kurz zuvor die höhnische Verblissenheit erlebt hat, mit der wieder in Bad Godesberg Vertreter der Schüler-Union, die aus den höheren Schulen der Stadt kamen, in SPD-Versammlungen völlig unkritisch stürzte Agitations-Parolen verfechten, die aus dem Bonner Konrad-Adenauer-Haus und insbesondere aus der Münchner Lazarettstraße geliefert werden, dann muß man vor einer Entwicklung besorgt sein, die jetzt voll anzulaufen beginnt. Dieses schändliche, an schlimmste Weimarer-Zeiten erinnernde Schimpfwort "Sozialistensau", die da "verrecken" soll, ist die Frucht der Saat, die vom Ausgangspunkt der Sonthofener Rede des CSU-Vorsitzenden Strauß an Tag für Tag vor allem auch in eine Jugendlichengruppe gestreut wurde und wird, die durch ihre gesellschaftliche Umweltbeeinflussung prädestiniert genug ist, um die dicht an Verachtung und Haß reichende Abneigung der von der Führungsgruppe der Christkonservativen vertretene Gegner-, ja oft schon Feindschaft gegen die "Sozis" kritiklos in sich aufzunehmen.

Es war mit Sicherheit vorauszusehen gewesen, daß die pausenlose Hetze gegen die Sozialdemokraten, die in der zutiefst unwahren Parole von "Frei-

heit oder Sozialismus" ihre wahlpropagandistische Ausformung gefunden hat, in bestimmten Bevölkerungsgruppen nicht nur Resonanz, sondern auch aktive Zustimmung finden würde. Diese konservativ ausgerichteten und beeinflussten Schichten bewegen sich in Beruf, Verband und Freizeit im engsten Gesellschaftskreis und lassen in ihren Iglubereich auch nur solche Medien herein, die ihre Sprache sprechen. So sind sie von sich aus auch der willige und bereite Nährboden für die Erziehung und Beeinflussung einer Jugendschicht, die ebenso eng denkt, intolerant ist, von Haus aus die "Sozialisten" ablehnt und geradezu automatisch über Presse und Uni in Berufe und Verbände und Clubs gelenkt wird, deren Angehörige sich intellektuell, geistig und gesellschaftsschichtengebunden solange im Strauß-Kreis drehen, bis es aus einem Jungen oder Mädchen dieser arrogant-dümmlichen "Elite" beim Anblick einer jungen Sozialdemokratin eruptiv herausbricht: "Diese Sozialistensau müßte verrecken!"

Es ist zu befürchten, daß es für eine bestimmte Gruppe der CSU- und CDU-Führung zu spät ist, um angesichts dieser bedrohlichen Anzeichen sich selbst oder den von ihnen inszenierten Haßwahlkampf doch noch zu stoppen. Diese Strauß, Filbinger, Dregger, Marx, Abelein und Reddemann haben außerdem die erwünschte Salvatorungsrede für sich parat, nachdem die bisher so vornehm agierende Gruppe um den Kanzlerkandidaten Dr. Helmut Kohl und er selbst das Plazat für die Hetzagitation des "Freiheit oder Sozialismus" gegeben haben.

Aber es ist noch nicht zu spät, um insgesamt eindringlich zu warnen und alle einflußreichen Persönlichkeiten und Gruppierungen in dieser Bundesrepublik, die mit den Sozialdemokraten eine besorgniserregende Entwicklung für uns alle heraufkommen sehen, wenn die CDU/CSU-Wahlagitiation so weiter läuft und laufen kann, zu bitten, jetzt ihrer Verantwortung gemäß zu handeln. Diese Bitte richtet sich nicht zuletzt an die beiden Kirchen, die doch sehen müssen, was vor ihren Augen unter Mißbrauch des Begriffes "christlich" verübt wird.

Rainer Frank
(-/12.5.1976/va/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller